

(OAU), die in der Beseitigung der Apartheid-Politik eines ihrer Hauptziele sieht. Die —» *Organisation der Vereinten Nationen* (UNO) charakterisierte die Apartheid-Politik als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und verurteilte sie gleichzeitig als eine friedensgefährdende Politik. 1962 rief die UNO-Vollversammlung zu diplomatischen Sanktionen gegenüber dem Apartheid-Regime auf, 1964 verhängte der UNO-Sicherheitsrat ein Waffenembargo über die Republik Südafrika, und 1968 forderte die UNO alle Mitgliedstaaten zu einem weitergehenden generellen Boykott des Rassistenregimes auf. Während die sozialistischen Staaten diese Boykottbeschlüsse konsequent verwirklichen und zu den Initiatoren der internationalen Ächtung der Apartheid-Politik gehören, unterhalten verschiedene imperialistische Staaten (besonders die USA, die BRD, Großbritannien und Frankreich) nach wie vor enge Beziehungen zur Republik Südafrika. Unter dem Druck der progressiven Kräfte in der ganzen Welt sowie angesichts der Krisenerscheinungen, die durch die Apartheid-Politik verschärft werden, der Erfolge der —» *nationalen Befreiungsbewegung* in den afrikanischen Nachbarstaaten und des Anwachsens der Antiapartheid-Bewegung im eigenen Lande sieht sich die rassistische Regierung der Republik Südafrika in letzter Zeit gezwungen, der Apartheid-Politik durch demagogische Maßnahmen einen liberalen Anstrich zu geben, einige unwesentliche Beschränkungen für die afrikanische Bevölkerung aufzuheben und einigen Reservaten (Bantustans) die »staatliche Unabhängigkeit« zu verleihen. Dabei handelt es sich um einen Versuch, die nationale Befreiungsbewegung Südafrikas unter Führung des ANC zu spalten, sie an der tatsächlichen Übernahme der staatlichen Macht zu hindern und

zu desorientieren. Gleichzeitig wird dem wachsenden Widerstand der Befreiungsbewegung mit blutigem Terror, mit der Verhängung des Ausnahmezustands und mit der Einkerkelung von Patrioten begegnet. Ziel dieser Politik ist es, alle wesentlichen Teile des gegenwärtigen kolonialfaschistischen Systems in der Republik Südafrika zu retten.

Rat der Gemeinde —* *örtliche Räte*

Rat der Parteisekretäre: kollektives politisches Gremium der Sekretäre der » *Grundorganisationen der SED* innerhalb der —* *Kombinate* zur Beratung und Koordinierung aller Fragen der Parteiarbeit, insbesondere zur Erfüllung der volkswirtschaftlichen Planaufgaben vom Standpunkt der politisch-ideologischen Führung durch die Parteiorganisationen. Die Zusammenkünfte des R. sind vor allem darauf gerichtet: langfristig und vorausschauend das abgestimmte und komplexe Wirken der Parteileitungen zu sichern; bei den Genossen und Werktätigen feste Kampfpositionen zu den volkswirtschaftlichen Aufgaben, einheitliche Standpunkte und Argumentationen zu den Leistungs- und Effektivitätszielen des Kombinats herauszubilden sowie die politisch-ideologischen Konsequenzen für den rationalen Einsatz der vorhandenen personellen und materiellen Potenzen, die fachliche Qualifizierung und parteimäßige Erziehung der Kader abzuleiten; beste Erfahrungen der politischen Massenarbeit zur Entfaltung der schöpferischen Initiative im sozialistischen Wettbewerb und zur Stärkung der Kampfkraft der Grundorganisationen zu verallgemeinern und zu popularisieren; den Grundorganisationen Anregungen für die Erarbeitung ihrer jährlichen —» *Kampfprogramme* zu geben. Der R., der unter